

Die Reform des Asylrechts hat höchste Priorität

Holger Dremel

In den vergangenen Jahren wurde in Deutschland kein innenpolitisches Thema so intensiv und so kontrovers diskutiert wie die Migrationspolitik. Dabei stand und steht insbesondere das Asylgesetz im Mittelpunkt. Es wurde 1982 beschlossen, um das Verfahren zur Prüfung von Asylanträgen zentral zu regeln. Dieses Verfahren ist notwendig, da bei der Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahr 1949 im damaligen Artikel 16 auch das Grundrecht auf Asyl eingeführt wurde. Auf dieses Grundrecht, das Verfassungsrang hat, beziehen sich bis heute alle Anträge auf Asyl.

Entwicklung der Asylbewerberzahlen

Um verstehen zu können, warum das Asylrecht vor allem seit 2015 so leidenschaftlich diskutiert wird und warum seitdem der Ruf nach seiner Reform immer lauter wurde, sollte man zunächst die Entwicklung der Asylbewerberzahlen seit Einführung des Grundrechts auf Asyl im Jahr 1949 betrachten.

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland war das Asylrecht noch kein zentrales innenpolitisches Thema. Denn bis 1975 war die jährliche Zahl der Asylbewerber relativ klein. Sie lag bis auf zwei Ausnahmen bei nur einigen Tausend Menschen. Von 1975 bis zum Fall des Eisernen Vorhangs in den

Jahren 1989 und 1990 bewegte sie sich dann jeweils im fünfstelligen Bereich mit Schwankungen von knapp 20.000 im Jahr 1983 bis knapp 74.000 im Jahr 1985 und erreichte lediglich in zwei Jahren, 1980 und 1985, knapp 100.000 beziehungsweise rund 108.000.

Im Jahr des Mauerfalls stieg diese Zahl auf über 121.000 und erreichte durch den Fall des Eisernen Vorhangs in den Jahren 1990 über 193.000. 1992 lag dann die Zahl der Asylbewerber in Deutschland mit rund 256.000 erstmals bei über einer Viertelmillion.

Diese Entwicklung wurde vor allem durch den Jugoslawien-Krieg im Jahr 1992 noch beschleunigt. Die vielen Menschen aus dem zerfallenden kommunisti-

schen Staat, die in Deutschland um Asyl ersuchten, trugen stark dazu bei, dass in diesem Jahr die Zahl der Asylbewerber mit über 438.000 einen Höhepunkt erreichte. Dieser Trend setzte sich 1993 mit 323.000 Asylanträgen etwas abgeschwächt fort.¹

Erste Neuregelung des Asylrechts 1993

Dieser starke Anstieg war der maßgebliche Grund für die Neuregelung des Asylrechts im Jahr 1993 unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Die von ihm geführte Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP handelte unter Federführung von Bundesinnenminister Rudolf Seiters mit der SPD-Opposition den sog. „Asylkompromiss“ aus. Durch die mit ihm verbundenen Maßnahmen gingen die Asylbewerberzahlen in den kommenden Jahren wieder deutlich zurück und lagen bis zum Jahr 1999 immer zwischen 118.000 und 167.000. In den 2000er-Jahren sanken sie weiter und bewegten sich immer im fünfstelligen Bereich, wobei sie im Jahr 2008 mit 28.000 einen langjährigen Tiefstand erreichten.

Im Jahr 2013 stieg die Zahl der Asylbewerber erstmals im 21. Jahrhundert wieder auf über 100.000, genau 127.000, und überschritt im Jahr 2014 dann erstmals wieder die 200.000er-Marke, nämlich rund 203.000. Dieser starke Anstieg hatte zur Folge, dass die Asylpolitik in Deutschland wieder zu einem zentralen innenpolitischen Thema wurde.²

Flüchtlingskrise 2015/16: Rufe nach Reform

Die innenpolitische Bedeutung des Themas in Deutschland erhöhte sich durch die sog. „Flüchtlingskrise“ in den Jahren 2015/2016 dramatisch. Denn in Deutschland wurden in diesen beiden Jahren über 1,2 Millionen Asylanträge gestellt und über 1,85 Millionen Asylbegehrende registriert.³

Alle Warnungen, dass eine so hohe Zahl an Flüchtlingen die Kommunen vor enorme Probleme und die Integration so vieler Menschen aus ganz unterschiedlichen Kulturen die Gesellschaft vor enorme Probleme stellen würde, wurden von den Verfechtern der damaligen „Willkommenskultur“ als unberechtigt, ja „fremdenfeindlich“ abgetan. „Wir schaffen das!“ lautete die von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgegebene Parole, der nur wenige zu widersprechen wagten.

Dabei ignorierten die Verfechter der „Willkommenskultur“ von Anfang an konsequent, dass selbst ein so großes und so wohlhabendes Land wie Deutschland bei der Aufnahme einer so großen Zahl an Flüchtlingen an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit kommen könnte. Und sie ignorierten vor allem, dass es viele Menschen in Deutschland gab, die sich wegen der zahlreichen Flüchtlinge aus unterschiedlichen Kulturkreisen, die plötzlich in vielen Städten und Gemeinden zu sehen waren und die offensichtlich keine Beschäftigung hatten, Sorgen machten. Und sie verstanden nicht, dass diese Flüchtlinge wegen ihres Status als Asylbewerber gar keinen Beruf ausüben konnten.

Weltweit 120 Millionen Menschen auf der Flucht

Die Protagonistinnen und Protagonisten der „Willkommenskultur“ haben auch ignoriert, dass selbst ein relativ großes Land wie Deutschland die globalen Probleme nicht durch die Aufnahme einer noch so hohen Zahl an Flüchtlingen, sondern nur durch die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort lösen kann.

Aktuell liegt die Zahl der Flüchtlinge laut der UNO-Flüchtlingshilfe weltweit bei rund 120 Millionen (Juni 2025). Man muss kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass sie angesichts der zahlreichen Kriege und Konflikte sowie der schlechten wirtschaftlichen Lage in vielen Ländern der Welt weiter steigen wird.⁴

Auch der weitere Anstieg der Bevölkerung gerade in vielen ärmeren Staaten, in denen es für eine immer höhere Zahl an Jugendlichen nur geringe Chancen auf einen guten Beruf und damit für ein gutes Leben gibt, dürfte dort viele weitere Menschen dazu veranlassen, ihr Glück in einem wohlhabenden Land zu suchen. Die Vereinten Nationen gehen in ihrem „World Population Prospects 2024“ Report davon aus, dass die Weltbevölkerung bis 2050 auf etwa 9,7 Milliarden Menschen ansteigen und in den 2080er Jahren bei etwa 10,3 Milliarden ihren Höchststand erreichen wird. Dabei wird sich laut dieses Reports mehr als die Hälfte des Bevölkerungsanstiegs bis 2050 auf nur neun Länder konzentrieren: Indien, Nigeria, Pakistan, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Tansania, Indonesien, Ägypten und die USA.⁵

Deutschland Vorbild bei Aufnahme von Flüchtlingen

Von den Kritikern einer Reform des Asylrechts wird bedauerlicherweise und wider besseres Wissen immer wieder übersehen, dass Deutschland bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen bereits Enormes geleistet hat – weit mehr, als die meisten anderen europäischen Staaten. Im Dezember 2023 kamen in Deutschland auf 1.000 Einwohner statistisch 35,5 Flüchtlinge und Asylbewerber. In Spanien waren es dagegen lediglich 12,4, in Frankreich 11,0 und in Italien sogar nur 7,7.⁶

Kommunen durch Aufnahmen an der Belastungsgrenze

Laut Bundesinnenministerium leben in unserem Land aktuell rund 3,4 Millionen Flüchtlinge (Juli 2025). In Bayern gibt es deshalb kaum eine Kommune, die nicht enorm mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu kämpfen hat. Als langjähriger 2. Bürgermeister meiner Heimatstadt Scheßlitz und aktueller Kreisrat im Landkreis Bamberg kenne ich die Situation in unseren Kommunen aus nächster Nähe. Sie alle haben bei der oft innerhalb kürzester Zeit notwendigen Unterbringung von Flüchtlingen Großartiges geleistet und dafür auch enorme finanzielle und personelle Anstrengungen unternommen. Diese auch im europäischen Vergleich hervorragenden Leistungen werden leider von den Kritikern einer Reform des Asylrechts kaum gewürdigt.

Für uns von der CSU stehen auch bei der Migration Humanität und Ordnung an erster Stelle. Humanität kann aber nur dann gewährleistet werden, solange Kommunen nicht überfordert werden und die Akzeptanz in der Bevölkerung aufrechterhalten bleibt.

Migrationskritik ist moralisch

In der Diskussion über eine Reform des Asylrechts wurde und wird den Befürwortern einer Begrenzung der Migration immer wieder „moralisches Versagen“ und „mangelnde Humanität“ vorgeworfen – und zwar nicht nur von Parteien am linken Rand, sondern auch von den Kirchen, sozialen Verbänden und großen Teilen der Medien.

Allein die oben genannten Zahlen zur Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland im Vergleich zu großen europäischen Staaten wie Spanien, Frankreich und Italien zeigt, dass diese Vorwürfe unberechtigt sind, weil sie die Fakten ignorieren.

Der an der Universität Heidelberg lehrende Philosophieprofessor Sebastian Ostritsch hat sich in der „Welt“ in einem bemerkenswerten Aufsatz mit der Kritik an der deutschen Migrationspolitik beschäftigt und kommt zu dem Urteil: *„Denkt man die Dinge gründlich zu Ende, zeigt sich, dass es gute, und zwar moralische Gründe gibt, sich gegen die unkontrollierte Massenmigration zu stellen, wie sie sich in Deutschland und Europa seit 2015 vollzieht.“*⁷

Eric Gujer, der Chefredakteur der Neuen Züricher Zeitung, hat sich Anfang des Jahres ebenfalls mit der aktuellen Praxis des Asylrechts auseinandergesetzt:

„Aber es gibt auch noch einen gleichermassen humanitären wie eigennützigen Grund. Das Asylrecht beruht auf einer Abmachung. Wer vor Verfolgung oder Krieg flieht, findet Schutz, aber nur, solange die Gefahr besteht. Danach kehren die Betroffenen zurück. In diesem Geist wurde die Uno-Flüchtlingskonvention, die Magna Charta der Humanität, nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert.

Die Abmachung wird aber ausgehebelt, wenn die Flüchtlinge auf Dauer bleiben. Das Asylrecht verliert seinen humanitären Charakter und wird zum bequemen Hintereingang der Arbeitsmigration. Es wird dadurch nicht nur entwertet. Wenn ein Staat das akzeptiert, verzichtet er auf die Steuerung der Zuwanderung. Das wäre eine Bankrotterklärung.

*Zugleich verlieren die Bürger den Glauben an die Rechtsordnung, und das ohnehin verbreitete Gefühl der Überforderung durch die Einwanderung nimmt weiter zu. Wer nicht will, dass Nationalisten und Fremdenfeinde Zulauf finden, sollte alles unternehmen, um das Asylrecht auf seine ursprüngliche Intention zu beschränken.“*⁸

Große Mehrheit will kein „Weiter so!“

Auch die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist der Meinung, dass die deutsche Politik alles unternehmen sollte, um das Asylrecht auf seine ursprüngliche Intention zu beschränken. Deshalb führt das Thema Migration auch im ARD-Deutschlandtrend vom November 2025 weiter die Liste der politischen Probleme an, um die sich die deutsche Politik nach Ansicht der Bürger kümmern soll. Auf die Frage „Welche Probleme hat Deutschland?“ nannten 32 Prozent der Befragten das Thema „Zuwanderung und Flucht“, noch vor „Wirtschaft“ (28 Prozent).⁹

Abgesehen von diesen Zahlen zeigen seit langem alle Umfragen, dass die große Mehrheit der Menschen in unserem Land kein „Weiter so!“ in der Flüchtlingspolitik will. Und sie will auch kein „Weiter so!“ beim Asylrecht, das – ich zitiere den früheren Bundesinnenminister Otto Schily von der SPD – nicht für „Massenzuwanderung“ gedacht gewesen sei. Schily schlug deshalb vor, Asylfragen zunächst vor Ort zu behandeln, also in den Ländern, aus denen die Asylbewerber und Flüchtlinge kommen.¹⁰

Dieser frühere Bundesinnenminister hat auch einmal gesagt: *„Wer heute in der Lage ist, ‚Asyl‘ einigermaßen verständlich auszusprechen, hat damit ein Zutrittsrecht nach Deutschland. Das ist Unsinn!“*¹¹

Ich stimme Otto Schily normalerweise ungern zu, aber damit hat er natürlich recht. Deshalb besteht für mich überhaupt kein Zweifel, dass Änderungen im deutschen Asyl-, Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht nötig sind, ich möchte sogar sagen: Dringend nötig.

Bundesregierung leitet Wende in Asylpolitik ein

Deshalb war es außerordentlich wichtig, dass die seit dem 06. Mai 2025 amtierende neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz wie von den Spitzen von CDU und CSU im Vorfeld versprochen umgehend eine Wende in der Asylpolitik eingeleitet hat, auch gegen Widerstände ihres Koalitionspartners. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hat im Rahmen des bis damals rechtlich Möglichen alles getan, um sie zu erreichen und dadurch großen Anteil

daran, dass im Jahr 2025 die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge erstmals seit 2011 gesunken ist.

Bereits nach einem guten halben Jahr der von CDU und CSU geführten Bundesregierung konnte der Bundesinnenminister der deutschen Öffentlichkeit mitteilen, dass auch die Zahl der Erstanträge auf Asyl im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um 51 Prozent zurückgegangen ist. Während es 2024 noch rund 230.000 Asylanträge waren, waren es 2025 nur noch rund 113.000. Das liegt auch an der steigenden Zahl von Abschiebungen, weniger Einreisen und an Einbürgerungen. Auch die Zahl der bewilligten Asylanträge ist stark gesunken.¹²

Diese Zahlen sind der klare Beleg dafür, dass die von CDU und CSU angekündigte Migrationswende tatsächlich da ist. Die Bundesregierung hat hier also „geliefert“ – und sie wird weiter „liefern“. Wie Umfragen zeigen, ist dieser Erfolg aber Stand jetzt leider noch nicht bei allen Bürgern angekommen. Ich bin aber zuversichtlich, dass er ankommen wird.

Wir von der CSU haben aber seit langem betont, dass der Rahmen des bis dato rechtlich Möglichen bei der Lösung unserer Probleme beim Asylrecht auf die Dauer nicht ausreichen wird. Denn angesichts der zahlreichen Kriege und Konflikte sowie der wirtschaftlichen Probleme in vielen Staaten und der dort herrschenden Perspektivlosigkeit vor allem für junge Menschen ist die Attraktivität des „sicheren Hafens Deutschland“ ungebrochen.

Wir müssen deshalb mit neuen „Asylwellen“ rechnen – für deren Bewältigung unsere aktuellen rechtlichen Möglichkeiten nicht ausreichen werden. Wir brauchen deshalb wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen Migration auf Bundes- und EU-Ebene. Schaffen wir sie nicht, gefährden wir den sozialen Frieden – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa.

Die CSU-Landtagsfraktion hat das auf ihrer Winter-Klausurtagung 2026 in Kloster Banz noch einmal bekräftigt und in einer Resolution gefordert: *„Personen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder schwere Straftaten planen, müssen konsequent rückgeführt werden – auch nach Syrien und Afghanistan.“*¹³

Februar 2026: Verschärfung des Asylrechts

Es ist ein großer Erfolg für die neue Bundesregierung und für Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, dass der Bundestag am 27. Februar 2026 den Weg für die Reform des Europäischen Asylsystems freigemacht hat und damit eine weitere Verschärfung des Asylrechts beschlossen hat. Eines ihrer wichtigsten Ziele ist es, diejenigen EU-Länder, in denen die meisten Migranten ankommen wie zum Beispiel Deutschland, zu entlasten. Außerdem soll ein gerechterer und effizienterer Rahmen für die Registrierung und Bearbeitung von Asylanträgen geschaffen werden.

Mit der deutschen Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) soll es den Bundesländern in Zukunft auch ermöglicht werden, neue Asylzentren, sogenannte Sekundärmigrationszentren, einzurichten. Darin sollen sich Schutzsuchende, für die eigentlich ein anderer EU-Mitgliedstaat zuständig ist, verpflichtend aufhalten müssen.

„Was wir auf nationaler Ebene mit Kontrolle, Kurs und klarer Kante vorangetrieben haben, setzen wir jetzt auf europäischer Ebene mit Kooperation, Konsequenz und Klarheit weiter fort“, betonte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt. Die Reform bringe Ordnung in die Migrationspolitik.¹⁴

Ich bin davon überzeugt, dass wir damit und mit den bereits vorher beschlossenen Maßnahmen eine in der Praxis wirksame Reform des Asylrechts erreichen und dadurch den in den vergangenen Jahren von vielen zurecht kritisierten massenhaften Missbrauch des Grundrechts auf Asyl beenden. Wir setzen damit einen entscheidenden Wendepunkt in der europäischen und deutschen Migrationspolitik um. Wir schaffen ein System, das Humanität und Ordnung wieder in Einklang bringt.



Holger Dremel, MdL

lebt gemeinsam mit seiner Frau und seinen drei Kindern in Scheßlitz im Landkreis Bamberg. Vor seiner Wahl zum Landtagsabgeordneten war er Leiter der Ermittlungsgruppe der Polizeiinspektion Bamberg-Stadt, hat aber auch viele weitere Stationen bei der Bayerischen Polizei durchlaufen – unter anderem auch als Leiter der Polizeiinspektion Lichtenfels. Seit 2018 ist er Mitglied des Bayerischen Landtags und hier im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport. Seit 2022 ist er Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums und seit 2023 Innenpolitischer Sprecher der CSU Landtagsfraktion und damit zuständig für genau die Themen: Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport.

Anmerkungen:

- 1 Das Bundesamt in Zahlen 2022: Asyl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, März 2023, abgerufen am 23.09.2023., S. 9.
[https://de.wikipedia.org/wiki/Asylrecht_\(Deutschland\)#Entwicklung_der_Asylobewerberzahlen_und_Erfolgsquoten](https://de.wikipedia.org/wiki/Asylrecht_(Deutschland)#Entwicklung_der_Asylobewerberzahlen_und_Erfolgsquoten)
- 2 Wikipedia: Asylrecht (Deutschland): [www.de.wikipedia.org/wiki/Asylrecht_\(Deutschland\)](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Asylrecht_(Deutschland))
- 3 Anzahl der Asylanträge in Deutschland von 2015 bis 2026. www.de.statista.com, Stand 02.03.2026.
- 4 www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen
- 5 www.population.un.org
- 6 Janson, Matthias: Wo leben die meisten Geflüchteten? 13.12.2014, www.de.statista.com
- 7 Ostritsch, Sebastian: Migrationskritik ist moralisch. Welt, 29.12.2025.
- 8 Gujer, Eric: Wenn der Krieg vorbei ist, müssen die Flüchtlinge zurückkehren. Das gilt für Syrer wie für Ukrainer. NZZ, 30.01.2026.
- 9 www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-192.pdf
- 10 www.n-tv.de/politik/Verfassungsgeber-hatte-keine-Massenzuwanderung-im-Kopf-article24474501.html
- 11 www.bild.de/politik/talk-kritik/talk-kritik/otto-schily-bei-maischberger-unser-asylrecht-ist-unsinn-85795614.bild.html
- 12 www.handelsblatt.com/politik/international/eu-asylagentur-eu-registrierte-2025-deutlichen-rueckgang-von-asylantraegen/100190259.html
- 13 „Klare Kante gegen islamistischen Extremismus – für Religionsfreiheit und Sicherheit“. www.csu-landtag.de/Banz26
- 14 www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/eu-asylreform-bundestag-beschliesst-haertere-regelungen,VCQ4tgz